

Ungarn im Mai 1998

Die dritten freien Wahlen. Aufbruch in die politische „Wechselwirtschaft“

Am 10. und 24. Mai 1998 fanden die dritten freien Wahlen in Ungarn statt. 1990, anlässlich der Wahlen zum „Systemwechsel“, kam die durch das Ungarische Demokratische Forum (UDF) geführte Rechtskoalition an die Macht. 1994 verzeichnete jedoch die Nachfolgepartei der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP), die inzwischen sozialdemokratisch orientierte Ungarische Sozialistische Partei (USP), einen überwältigenden Sieg und ging mit dem linksliberalen Bund Freier Demokraten (BFD) ein Mitte-Links-Bündnis ein. (Der Ministerpräsident der ersten Regierung war József Antall, der zweiten Gyula Horn.)

Zugleich brachten jedoch die dritten Wahlen im Mai d.J. eine für die öffentliche Meinung gänzlich unerwartete, für viele unvorstellbare Wende mit sich. Aus den Wahlen ging die konservativ-liberale Mitte-Rechts-Partei, der Bund Junger Demokraten (BJD) – in dem das Durchschnittsalter der Parteiführung etwa 35 Jahre beträgt – als Sieger hervor und überholte ihren großen Rivalen, die Ungarische Sozialistische Partei (USP). Schauen wir uns zunächst die Wahlergebnisse an.

1. BJD (national, konservativ-liberal) 38% – 147 Mandate
2. USP (sozialdemokratisch) 34,7% – 134 Mandate
3. Unabhängige Kleinlandwirtepartei (UKLP) (rechts, populistisch) 12,4% – 48 Mandate
4. BFD (linksliberal) 6,2% – 24 Mandate
5. UDF (nationalkonservativ) 4,6% – 18 Mandate
6. Partei der Ungarischen Gerechtigkeit und Existenz (rechtsradikal) 3,6% – 14 Mandate

Die neue Koalition von BJD, UDF und UKLP erreichte 55% der Stimmen, verfügt also über 213 Mandate.

Zunächst wollen wir die Aufmerksamkeit auf die Entwicklung der Wahlbeteiligung lenken. Für die beiden letzten Wahlen war es charakteristisch, daß vom ersten zum zweiten Wahlgang die Wahlbeteiligung abgenommen hat (1990 von 65 auf 45%; 1994 von 69 auf 55 %). Dieses Mal fiel es gerade anders herum aus: in der ersten Runde stimmten 56% ab, in der zweiten jedoch 57%. Es stellt sich also die Frage, wodurch dieses Phänomen bedingt ist.

In den Wochen und Monaten vor den Wahlen versuchten die zwei Koalitionsparteien, die sozialistische und linksliberale, den Wählern einzureden, daß die Rechte auseinandergefallen oder zumindest schwach ist, so daß es sich nicht lohnt, gar unmöglich ist, anders als zugunsten der sozial-liberalen Koalition abzustimmen. Diese massive Kampagne beeinflusste die Menschen gehörig, obwohl viele mit dem sinkenden Lebensstandard, der Inflation und Korruption der letzten Jahre sehr unzufrieden waren. Insofern gingen bei der ersten Runde relativ we-

nige zur Wahl, jedoch veränderte das überraschende Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen USP und BJD schlagartig die politische Atmosphäre. Es wurde offensichtlich, daß es gegenüber der bestehenden Koalition doch eine Alternative gibt, die vom Bund Junger Demokraten verkörpert wird.

Anhand der Ergebnisse der zweiten Runde können wir feststellen, daß ein relevanter Teil der Bürger gerade im Bund Junger Demokraten die politische Mitte-Rechts-Alternative gefunden hat, die keineswegs weniger modern, europäisch oder „professionell“ ausfällt als die Linke. Es handelt sich dabei nicht um eine extreme Alternative, sondern um eine, die sich im Westen bewährt hat und akzeptiert ist, ohne die demokratischen Grundwerte zu gefährden. Insofern ist im Mai 1998 etwas Grundlegendes vor sich gegangen. Es haben sich stabile Rahmenbedingungen für eine politische „Wechselwirtschaft“ in Ungarn herausgebildet, die einen ausbalancierten Wechsel und eine realisierbare Wahl zwischen den möglichen Regierungsalternativen garantieren. Es handelt sich um die erste Wahl, die nicht mehr einen „Systemwechsel“ vorantreibt: 1990 wurde die staatssozialistische Diktatur von der Demokratie abgelöst; 1994 versuchten die Menschen, sich von den „Prüfungen“ der Demokratie zur Hälfte abzuwenden, um zu den „schönen alten Zeiten“ zurückzukehren. Insofern stand bei den beiden ersten Wahlen mehr auf dem Spiel als in den entwickelten Demokratien, in denen die Ablösung der Regierungsmannschaft mit keinerlei Erschütterungen im Alltagsleben der Menschen einhergeht. Möglicherweise bricht in Ungarn mit 1998 eine politische Epoche an, für die die Wahlen nichts anderes mehr bedeuten als die Entscheidung zwischen zwei gleichrangigen Regierungsalternativen.

Wenn also einerseits den Wahlen von 1998 eine grundsätzliche Bedeutung beizumessen ist, da die USP eine für die öffentliche Meinung unvorstellbare Niederlage erlitten hat, so ist es andererseits unstrittig, daß genau diese zweitplazierte Partei auch für die Zeit nach 1998 ein bestimmender Faktor der politischen Szene und der Parteienkonstellationen bleiben wird. Dies hängt nicht nur mit der erreichten Stimmzahl zusammen, die praktisch der von 1994 entspricht.¹ Vielmehr verfügt die USP weiterhin über starke funktionsfähige Kontaktnetze wirtschaftlicher, kultureller, gesellschaftlicher u.a. Art. Insofern ist es unwahrscheinlich, daß die Partei in der Wahlperiode von 1998–2002 einen Schwächeanfall erleiden wird. Um Klartext zu reden. Es ist durchaus möglich, daß der Bund Junger Demokraten bis 2002 als Mitte-Rechts-Sammlungspartei „heranreifen“ wird, ohne die Ungarische Sozialistische Partei erneut zu besiegen. Wenn wir die

Chance für einen wirtschaftlichen Aufschwung in den nächsten vier Jahren annehmen und vom Machterhalt der USP bereits 1998 ausgehen könnten, so wäre deren Wiederwahl 2002 erst recht durchaus denkbar.

Dies führt uns zu langfristigen wie kurzfristigen, während der Wahlkampagne wirksamen Überlegungen, die die Wahlergebnisse von 1998 „erklären“ könnten.

Wenden wir uns zunächst der längerfristigen Perspektive zu.

1. Die Parteien der Regierungskoalition haben sich als unfähig erwiesen, in ihrer öffentlich vorgetragenen Rhetorik einen für jedermann einsichtigen Zusammenhang zwischen den die makroökonomischen, finanziellen und einen ausgeglichenen Staatshaushalt betreffenden Ergebnissen der Regierungspolitik und den die Menschen unmittelbar berührenden mikroökonomischen Zuständen herzustellen. Sie konnten die Menschen nicht davon überzeugen, daß die für die Regierungsparteien offensichtlichen Verbesserungen der makrowirtschaftlichen Daten früher oder später auch die anhaltende und beträchtliche Verschlechterung ihrer Lebensverhältnisse stoppen werden. Die USP und der BFD richteten ihre „achtsamen“ Augen allzu sehr auf die EU, die Weltbank, auf die Einschätzung der internationalen Organisationen und Presse. Selbst – der ansonsten seiner „sozialen Sensibilität“ bewußte – Gyula Horn war nur darauf stolz, wie hoch man uns im Ausland, d.h. im Westen einschätzt. Dabei ist ganz und gar vergessen worden, daß in demokratischen Ländern das Ausland noch nie für eine Partei die Wahlen gewonnen hat. Die Horn-Regierung wollte das Inland mit dem Ausland blenden, was nicht gelingen konnte. Das Kabinett Horn hatte den in ihrer Lebensführung stagnierenden oder gar vegetierenden Millionen nichts zu sagen und mußte verlieren. Dies hat auch seine guten Seiten. Auch Helmut Kohl hat nicht deshalb viermal nacheinander die Wahlen gewonnen, weil er den Deutschen erzählt hat, wie sehr ihn Bill Clinton – jenseits des Atlantiks – liebt.

2. Das Hauptübel bestand nicht in der gescheiterten Ehe der Koalitionspartner, die aus der „Verlobung“ von USP und BFD hervorgegangen ist, sondern darin, daß dies Scheitern auch für das breite Publikum offenbar wurde. Die Kommunikation zwischen beiden war sehr schlecht, sie konnten ihre internen Konflikte nicht hinter verschlossenen Türen regeln, der Schlichtungsrat der Koalition mußte Konkurs anmelden. Kurz vor den Wahlen wurde das Verhältnis der beiden Parteien geradezu lächerlich, nicht zuletzt angesichts der gegenseitigen Beschuldigungen. Angeführt wurden diese „Fehlritte“ von Gyula Horn, der als Ministerpräsident wie ein „einfacher“ Staatsbürger das Fehlen öffentlicher Sicherheit beklagte, der Reihe nach die drei Ministerien kritisierte, die die Politiker des Bundes Freier Demokraten innehatten, während er für die Ministerien der eigenen Partei nur Lob übrig hatte. Wenn auch diese Fehlritte vor allem die Niederlage des BFD nach sich zogen, so wäre es doch falsch anzunehmen, daß sie ohne Auswirkung auf das schlechtere Wahlergebnis der USP blieben.

3. Es schwer nachzuweisen, verdient aber doch Erwähnung: Während der Koalition von USP und BFD verschärfte sich die Krise der Werte in der ungarischen Gesellschaft, ihre Anomie und lethargische Stimmung ging keineswegs zurück. Die hochgelobten „Ergebnisse“ konnten nicht der Gesellschaft bzw. den Bürgern zugerechnet werden, die sich mit ihnen nicht identifizierten und sich ihnen eher ausgeliefert fühlten. Sie waren der Meinung, daß sie mit der Regierung wenig verbindet, selbst wenn diese als „erfolgreich“ gilt. Vielmehr sind sie auf die andere Tonlage des Bundes Junger Demokraten aufmerksam geworden, da diese von Anfang an betonten, daß sie – selbst an der Regierungsmacht – mit den Bürgern zusammen die Ziele des Landes verwirklichen wollen, daß sie auf deren Initiative und Unternehmungsgeist setzen, die sie seitens der Regierung unterstützen wollen.

Hinzukommen die kurzfristigen Faktoren, die gerade in den letzten Monaten und Wochen vor den Wahlen eine nicht zu vernachlässigende Rolle spielten.

1. Es ist unzweifelhaft, daß die die Menschen irritierenden negativen gesellschaftlichen Phänomene gerade in der – für die Regierungskoalition ungünstigsten – Phase verstärkt zutage getreten sind. (Es ist eine alte Erfahrung von Demokratien, daß die Themen der Wahlkampagne viele andere Themen in den Hintergrund drängen.) Es geht dabei nicht nur um die Korruption, sondern auch um die unerhörte und dramatische Verschlechterung der öffentlichen Sicherheit. Es ist eingetreten, was 1997 niemand für möglich gehalten hätte: Bombenattentate, Banküberfälle, Schießereien und andere kriminelle Handlungen bestimmten das Tagesgeschehen in der Hauptstadt. Wir müssen nicht hinzufügen, daß die Menschen überall auf die öffentliche Sicherheit empfindsam reagieren und die Staatsorgane bzw. die Regierung für jede Verschlechterung verantwortlich machen. Hinzu kommt noch die – bereits erwähnte – nervöse Reaktion der „verantwortlichen“ Politiker, Minister (incl. des Innenministers), die sich zusätzlich verheerend für die Wahlergebnisse von USP und BFD ausgewirkt hat.

2. Der verfehlten Kampagne der Regierungskoalition begegnete der Bund Junger Demokraten äußerst erfolgreich. Die führenden Politiker von USP und BFD haben nicht verstanden, daß es bei demokratischen Wahlen immer um neue Hoffnungen, Versprechen und Verbesserungschancen geht. Wenn jemand behauptet, daß das Regierungsprogramm vollkommen oder zumindest ohne Alternative ist, dann heißt dies, daß man in den nächsten vier Jahren nichts ändern muß. Eine solche Haltung wirkt erschreckend auf den Wähler, da er sie mit übertriebener Selbstzufriedenheit oder Selbstherrlichkeit der Macht habenden identifiziert. Angesichts der Erfahrungen mit dem Lebensstandard in den letzten vier Jahren mag es für manche wie Hohn geklungen haben, wenn man überall Plakate aufhängt: „Halten wir uns an den bewährten Kurs!“

3. Das Verhalten der Vorsitzenden der beiden rivalisierenden Parteien mag auch eine bestimmte, wenn nicht

entscheidende Rolle gespielt haben. Gyula Horn hat auf die unerwartete Situation nach dem ersten Wahlgang extrem schlecht reagiert. Es scheint, daß die zugespitzte politische Lage in ihm alte „linke“ Reflexe wieder zum Leben erweckt hat. Der Verweis auf die von der Rechten ausgehende Gefahr kann jedoch am Ende des 20. Jahrhunderts nur negative Wirkungen hervorrufen. Demgegenüber legte Viktor Orbán während der Kampagne neue Eigenschaften an den Tag, die geeignet waren, die ihm gegenüber bestehenden Vorurteile weitgehend zu widerlegen oder abzuschwächen. (Ich denke dabei an solche Attribute wie „arrogant“, „extrem machthungrig“, „Chamäleon“ usw.) Orbán hat gerade während der Wahlkampagne staatsmännische Tugenden gezeigt, die bestimmte Teile der Öffentlichkeit überzeugen konnten, daß er sich für die Übernahme des Ministerpräsidentenpostens qualifiziert hat.

Es wäre möglich, die Reihe der Gründe für den Sieg des Bundes Junger Demokraten und die Niederlage der Ungarischen Sozialistischen Partei noch fortzusetzen. Um sie anzudeuten, möchte ich an dieser Stelle vorerst eine Metapher aus der Sphäre des Sports heranziehen: Der Bund Junger Demokraten hat mit seinem Sieg einen neuen Weltrekord aufgestellt, zu dem – wie die Sportbegei-

sterten wissen – viele Vorbedingungen gehören. Darüber sollten wir nicht vergessen: Es ist nicht sicher, daß dem Bund Junger Demokraten dies im Jahre 2002 erneut gelingt. Die Wahlergebnisse des Jahres 1998 belegen nämlich zugleich, daß die Ungarische Sozialistische Partei zur stärksten stabilen Partei der Linken geworden ist, die von nun an mit einer konstanten Anzahl von Wählerstimmen rechnen kann. Es sieht so aus, daß die Linke bereits „fertig ist“. Die gleiche Aufgabe ist auch der Rechten aufgegeben, und zwar bis 2002.

(Übersetzt aus dem Ungarischen
von K. Mánicke-Gyöngyösi)

Dr. Tamás Fricz ist Ständiger Wiss. Mitarbeiter des Instituts für Politikwissenschaften an der Ungarischen AdW. Zur Zeit hält er sich mit einem VW-geförderten Stipendium der Konferenz der Akademie der Wissenschaften am Osteuropa-Institut der FU Berlin auf.

¹ Dies erklärt sich aus dem Charakter des ungarischen Wahlsystems, in dem das Mehrheitswahlrecht über das Verhältniswahlrecht dominiert.

Interdisziplinäre Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts

Holm **Sundhaussen** (Hg.) *Was ist Osteuropa?*

Erstes Colloquium des Osteuropa-Instituts, 1/1998

In diesem Heft:

Osteuropa, Südosteuropa, Balkan: Überlegungen zur Konstruktion historischer Raumbegriffe (Holm **Sundhaussen**)

Was ist Osteuropa? Zu einer Historiker-Debatte zwischen den Weltkriegen und danach (Hans-Joachim **Torke**)

Einige konzeptionelle Überlegungen aus politikwissenschaftlicher Sicht (Klaus **Segbers**)

Die Arbeitspapiere erscheinen in unregelmäßiger Folge und können gegen eine Schutzgebühr von DM 5,- bezogen werden bei:

Osteuropa-Institut, Garystr. 55, 14195 Berlin

<http://userpage.fu-berlin.de/~oei/>

☎ ++ 49 30 838 33 80 Fax: ++ 49 30 838 3788